

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 262.

Montag den 18. September.

1848.

Landtagsverhandlungen.

Neununddreißigste öffentliche Sitzung der 1. Kammer,
am 16. September 1848.

Vor dem Vortrag der Registratorin bemerkte Min. Georgi, daß die kürzlich erwähnten 12,000 Thaler noch von der Chemnitz-Niesauer Eisenbahngesellschaft erhoben worden seien. Bürgerm. Klinger bevorwortete eine Petition des Handelsstandes und des Vaterlandsvereins zu Leipzig in Bezug auf die Zollerhöhung, die von unabsehbaren Nachtheilen, nicht bloß für den Handelsstand, sondern auch für die Industrie sei.

Die weitere Berathung über die Nothstandsmaßregeln führte zu einer längeren Debatte über die Beschäftigung der Fabrikarbeiter in Landwirthschaften. Graf v. Hohenthal-Königsbrück zeigte die Hindernisse derselben (Abneigung, Heimathsgesetz, Dismembrationsgesetz). v. Heynisch schien das Dienstzwangsgesetz wieder haben zu wollen. Reg.-Comm. Weinlig dankte für die Thätigkeit der Landwirthe in dieser Beziehung und erwähnte, daß an 13,000 Thaler, darunter 4000 freiwillige Beiträge an Gemeinden zu Culturarbeiten gegeben worden seien; die Regierung wünsche besonders den Fabrikarbeitern etwas Grund und Boden zur Bearbeitung zu verschaffen, was freilich schwer sei. v. Friesen glaubt, daß Ruhe und Ordnung die Hauptsache sei; ohne diese keine Beschäftigung. Die Vorsehung, die so viel Menschen werden ließ, würde sie auch nicht verhungern lassen. Prinz Johann und Graf Einsiedel-Wolkenburg rühmen die Anständigkeit und Bescheidenheit vieler zur Landwirthschaft gezogenen Fabrikarbeiter gegenüber den auf diese gehäuften Beschuldigungen der Ungeschicklichkeit und Böswilligkeit. Graf Solms hält dafür, daß mehr angeblicher, als wirklicher Nothstand berücksichtigt und mehr gegeben als gebraucht worden sei. Er empfiehlt auch die Auswanderung. Dr. Großmann leitet die Abneigung der Fabrikarbeiter gegen die Landwirthschaft aus nationalen (Schwerfälligkeit) und provinziellen (Vorliebe für den heimathlichen Boden) Eigenthümlichkeiten, v. Thielau richtiger daraus ab, daß der Ackerbau viel geringern Verdienst gewähre. Gegen die Unterstützung der kranken Spitzenindustrie erhebt sich v. Lehmen; v. Welck erinnert, daß sie in Paris mit der Brüsseler concurrirte. Reg.-Comm. Weinlig: diese Unterstützung ist nur Ausnahme und ein Obfiegen gegen die Concurrnz der Maschinenindustrie unmöglich. Die Kammer trat allen von der 2. Kammer gefaßten Beschlüssen einhellig bei. Vicepräs. Gottschald referirte noch für die 4. Deputation über

eine Beschwerde Herzogs gegen das Leipziger Stadtgericht, und 9 Petitionen, gewerbliche Angelegenheiten betreffend. Die letzteren beschloß man der Arbeiter-Commission zu überweisen. Ueber die erstere entspann sich eine Debatte, ob sie nur als formell unzulässig, oder als materiell zur Bevorwortung ungeeignet abzuweisen sei. Die Kammer entschied sich auf Ritterstädts Antrag für das Erstere.

Einundsechzigste öffentliche Sitzung der 2. Kammer,
am 15. September 1848.

Auf Antrag des Abg. Harkort wird die vom constitutionellen Verein in Leipzig an die Kammer gesendete Abschrift der „keine Republik“ verlangenden Adresse an die deutsche Nationalversammlung (mit 26000 Unterschriften) vorgelesen.

Die 2. Deputation erstattete Bericht über das Gesuch der Döbernhauer Gewehrfabrikanten um eine Unterstützung von 4000 Thalern aus Staatskassen. Die Deputation empfahl die Petition der Regierung zur geeigneten Berücksichtigung. Reg.-Comm. Weinlig schilderte, wie die Regierung seit mehreren Monaten mit dieser Angelegenheit sich beschäftige und namentlich das System der Arbeitsteilung ohne der Hausindustrie zu nahe zu treten einführen müsse, wenn die Leistungen der Döbernhauer Gewehrfabrikanten besser, d. h. die Gewehre in allen Theilen übereinstimmend werden sollen. Denn nur der Mangel an Gleichförmigkeit habe bisher die Regierung verhindert, Lieferungen ganzer Gewehre für die Armee dort zu bestellen. Nächstdem müßte ein intellectuelles Oberhaupt der Gewehrfabrikanten gesucht werden. Min. v. Buttlar: er habe sofort nach seinem Amtsantritt einen Sachverständigen zur Erforschung der vaterländischen Gewehrindustrie ausgesendet. Es seien jetzt für mehr als 1000 Thaler Gewehrtheile in Döbernhau bestellt und würde damit fortgeföhren werden. Abgg. Hilbert und Evans empfehlen das Gesuch nachdrücklich. Der Deputation wird einstimmig beigetreten.

Abg. Niedel berichtet 1) anderweit über das Gesuch um Aufhebung der Nothschlachtsteuer, welches die 1. Kammer abfällig begutachtete. Die Kammer tritt der Ansicht der Deputation bei, ihrem frühern Beschlusse treu zu bleiben. 2) Auf das Gesuch von 118 Mitgliedern des Vaterlandsvereins zu Mohorn um Gründung einer Staatslagelassuranz entscheidet die 4. Deputation, daß es nicht zu bevorworten sei. Abg. Kreschmar zeigt an, daß 2 der 4. Deputation überwiesene Petitionen abzuweisen seien.

Verantwortlicher Redacteur: Professor Dr. Schletter.

Tageskalender.

Eisenbahnzüge nach

Dresden: 6, 12¹/₂, 5 Uhr, Packzüge 10 Uhr Vorm., 7 Uhr Abends; 5 Uhr Morgens von Niesau und Dschag.

Anschluß von Niesau nach Döbeln und Limmritz 8 Uhr Morgens und 7 Uhr Abends.

„ „ Dresden nach Pirna 7, 12, 3, 10 Uhr.

„ „ Dresden nach Görlitz 6, 10, 1¹/₂, 5 Uhr.

„ „ Görlitz nach Berlin 10 Uhr 22 Min. Vorm., Nachtpersonenzug nach Hamburg 7¹/₂ Uhr Abends, nach Breslau 1 Uhr 38 Min. Nachmittags, Nachtpersonenzug nach Wien 5¹/₂ Uhr. früh.

„ „ Löbau nach Bittau 8¹/₂, 2, 7¹/₂ Uhr.

Reichenbach und Zwickau: 6, 12, 5 Uhr.

Magdeburg: 6, 10³/₄, 5 Uhr, Güterzüge 7 Uhr Morgens 5³/₄ Uhr Abends. Localzug 1¹/₄ Uhr.

Anschluß von Halle nach Eisenach 9, 2¹/₄ Uhr, nach Raumburg 7³/₄ u. Abends.

„ „ Cöthen nach Bernburg 8¹/₄, 1¹/₄, 7¹/₂ Uhr.

„ „ „ „ Berlin 8¹/₄, 1 Uhr, nach Wittenberg 7¹/₂ Uhr Abends.

„ „ Magdeburg nach Halberstadt, Braunschweig, Hannover 10, 3 Uhr, nach Harburg 10 Uhr.

„ „ „ „ nach Berlin über Potsdam 12, 4³/₄ u.

Öffentliche Bibliotheken.

Universitätsbibliothek: 2—4 Uhr.

Stadtbibliothek: 2—4 Uhr.